

Stenographischer Bericht

1. Sitzung des steiermärkischen Landtages.

II. Periode.

20. November 1923.

Inhalt.

- Eröffnung:** Ansprache des Präsidenten Franz Kölbl (1).
Bestellung der provisorischen Schriftführer (8).
- Personalien:** Angelobung der Abg. (2).
Abwesenheitsanzeige der Abg. Kaufmann (3).
Wahl der Präsidenten (3);
von 4 Schriftführern und 4 Ordnern (4);
des Hauptausschusses (5);
des Landeshauptmannes (6).
Ansprache des Landeshauptmannes (5).
Wahl der Landesregierung (6);
der Sonderausschüsse des Landtages und Bestimmung der Zahl ihrer Mitglieder (8).
- Erklärungen der sozialdemokratischen Partei durch Landesrat Machold (6);**
der christlichsozialen Partei durch Landeshauptmannstellvertreter Dr. Uhrer (6);
des Landbundes für Steiermark durch Landesrat Winkler (7);
der großdeutschen Partei durch Präsidenten Dr. Dantine (8).
- Wahl in den Bundesrat (9);
in die Landesverwaltungsstelle (9).
- Anträge:** Obmännerkonferenz, Zl. 42, betreffend Hilfe für die Reichsdeutschen (13). — Dringliche Behandlung (13).
Annahme des Antrages (13).
- Pongraz, Arenn, Schreckenthal, Dr. Sübler, Zl. 43, betreffend Unterstützungen an Altersinvaliden (13 u. 14).
Dringliche Behandlung (14). — Annahme des Antrages (14).
- Dr. Rintelen, Pongraz, Prisching, Dr. Sübler, Zl. 44, betreffend Unterstützung der Kleinrentner. — Dringliche Behandlung (14). — Annahme des Antrages (14).
- Pichler, Regner, Stamež, Weigelberger, Gföller, Ruzsák, Saringer, Zl. 38, betreffend Herbergen für reisende Arbeitsuchende.
- Kandler, Spak, Gaß, Zl. 39, betreffend Bundesbahndirektion in Graz.
- Spak, Gaß, Zl. 40, betreffend Werkstättenhof in Graz.
- Anfragen:** Aul, Regner, Neumann, Ruzsák, Zl. 1, betreffend die Auflassung von Steuerämtern.
- Lang, Kölbl, Riemer, Zl. 2, betreffend Ausweisung von mit ordnungsmäßig ausgearbeiteten Einreisebewilligungen versehenen österreichischen Staatsbürgern aus dem jugoslawischen Staate.
- Dr. Sübler, Dr. Dantine, Zl. 3, betreffend Schaffung eines Handelsvertrages zwischen Österreich und Jugoslawien.

Gestatten Sie, daß ich zunächst der abgelaufenen Landtagsperiode einige Worte widme.

Von den 70 Abgeordneten, die in der letzten Sitzung der I. Periode nach Eintritt von 8 Ersatzmännern dem Landtage angehört haben, sind 21 in den Landtag der II. Periode nicht mehr eingetreten. Ich erachte es als meine Pflicht, allen diesen ausgeschiedenen Abgeordneten namens des Präsidiums des früheren Landtages den wärmsten Dank für ihre Mitarbeit auszusprechen.

In der abgelaufenen dreijährigen Periode hat der Landtag in 52 Sitzungen 608 Beschlüsse gefaßt, hierunter 127 Gesetzesbeschlüsse, wovon 7 infolge Einspruches der Bundesregierung teils abgeändert, teils zurückgezogen wurden; von den Mitgliedern des Landtages wurden 152 Anträge und 94 Anfragen eingebracht.

Der Landtag begann seine Gesetzgebungstätigkeit mit einer Landesverfassung, die als „vorläufig“ bezeichnet werden mußte, weil in der Verfassung des Bundes durch das Gesetz, betreffend den Übergang zur bundesstaatlichen Verfassung ein provisorischer Zustand geschaffen worden ist; erst nach dessen Beseitigung kann eine dem Bundesverfassungsgesetze entsprechende Landesverfassung in Wirksamkeit gesetzt werden. Der erste Schritt zur Beseitigung dieses Provisoriums ist während der abgelaufenen Periode durch das Bundesverfassungsgesetz über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Bunde und den Ländern bereits geschehen, dem durch die vom Landtag beschlossene Novelle zu unserer Landesverfassung Rechnung getragen worden ist. Im übrigen aber hat sich die in der 1. Sitzung der abgelaufenen Landtagsperiode ausgesprochene Erwartung, daß der provisorische Zustand unserer Verfassung möglichst abgekürzt werde, nicht erfüllt, weshalb in der letzten Sitzung dieser Periode an die Bundesregierung das dringende Ersuchen gerichtet wurde, das Inkrafttreten des Verfassungsgesetzes mit allen Mitteln zu beschleunigen.

Es konnte sich daher der Landtag in seiner I. Periode nur auf jenen Wirkungskreis beschränken, der ihm vorläufig im Ausmaße der Kompetenzen der altösterreichischen Landesvertretungen zugestanden wurde, doch bilden die Verhandlungsschriften dieser Periode ein Spiegelbild der politischen und wirtschaftlichen Lage unseres Landes während jener Zeit. Ich erinnere in der einen Hinsicht unter anderem an die Debatten über den Anschluß an Deutschland, sowie über die versuchte Lösung der ungarischen Königsfrage und in wirtschaftlicher Beziehung weise ich hin auf die mehrfachen Beschlüsse des Landtages über Kreditaufnahmen zur Beschaffung von Lebensmitteln, vor allem an die Beratungen der Landesvoranschläge, wobei vielleicht den

Beginn der Sitzung um 5 Uhr 30 Minuten nachmittags.

Präsident Kölbl: Hohes Haus! Ich eröffne die 1. Sitzung der II. Landtagsperiode. Meine Damen und Herren! Ich begrüße Sie alle, die Sie sich heute hier als gewählte Vertreter des Volkes eingefunden haben, auf das herzlichste. Nach unserer Verfassung endet die I. Landtagsperiode am heutigen Tage, an dem der neu gewählte Landtag zu seiner 1. Sitzung zusammentrifft.

eindrucksvollsten Beweis für unsere wirtschaftliche Lage der Ausfall einer Einzelberatung des Landesvoranschlages für das Jahr 1922 bildet.

Von dem reichen Programm, das die Landesvertretung der Jahre 1918 bis 1920 für alle Gebiete der Landesverwaltung aufgestellt hat, konnte der Landtag in seiner I. Periode leider nur wenige Wünsche erfüllen. Bedeutungsvolle Arbeit wurde redlich geleistet auf dem Gebiete der Landeskultur, wobei das Walderhaltungsgesetz, die Gesetze über die Regulierung der Forstproduktenbezugs- und Weiderechte, über die Aufhebung der Jagdrechtsvorbehalte, über den Schutz landwirtschaftlicher Grundstücke gegen Beschädigung durch fremde Bäume, über die Regelung der Dienstverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft, sowie das Tierzuchtgesetz besonders hervorzuheben sind. Eine besondere Beteiligung des Hauses fanden das Lehrergehaltsgesetz, sowie die verschiedenen Steuergesetze.

Im übrigen glaube ich als vorzüglichsten Erfolg der I. Landtagsperiode verzeichnen zu dürfen, daß es der vom Finanzausschusse paritätisch zusammengesetzten Abbaukommission gelungen ist, den durch die wirtschaftliche Lage im Lande gleich wie im Bunde gebotenen Abbau in einer Weise durchzuführen, daß unwiederbringliche Verluste vermieden blieben, lediglich Entbehrliches beseitigt wurde und auf allen Gebieten die Voraussetzungen einer künftigen Entwicklung ungeschmälert erhalten wurden. Wir wollen in diesem Erfolge einmütigen Zusammenwirkens aller Parteien in den Stunden der größten Gefährdung unseres Landes eine günstige Vorbedeutung erblicken für eine ersprießliche Arbeit der künftigen Landtagsperioden.

Ich schreite nunmehr zur Konstituierung des neu-gewählten Landtages.

Zunächst berufe ich vier Abgeordnete zur vorläufigen Besorgung der Geschäfte der Schriftführer, und zwar die Abg. Dr. Kammerer, Leichin, Gartner und Dr. Oberegger.

Nach § 19 der Landesverfassung haben die Abgeordneten durch die Worte: „Ich gelobe“ unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Lande Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten anzugeloben.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abg. Doktor Kammerer, die Namen der Abgeordneten nach dem alphabetischen Namensverzeichnis zu verlesen und bitte die Abgeordneten, bei Namensaufruf die Worte: „Ich gelobe“ auszusprechen. (Geschieht.)

Es haben somit alle Abgeordneten die Angelobung geleistet mit Ausnahme der Frau Abg. Marianne Kaufmann, welche wegen Krankheit entschuldigt ist.

Nach dem Vorschlage der Obmännerkonferenz hat der Landtag vier Präsidenten zu wählen. Ich schlage vor, diese Wahl nicht mit Stimmzetteln, sondern über mündlichen Vorschlag durch Aufheben der Hand vorzunehmen. Dieser Vorschlag müßte einstimmig angenommen werden. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, so nehme ich an, daß mein Vorschlag einstimmig an-

genommen wird. (Nach einer Pause.) Ein Widerspruch wurde nicht erhoben.

Ich bitte Herrn Abg. Dr. Ahrer um einen mündlichen Vorschlag zur Wahl der vier Präsidenten.

Dr. Ahrer: Ich schlage vor als ersten Präsidenten Abg. Kölbl, zweiten Präsidenten Abg. Regner, dritten Präsidenten Abg. Schreckenthal, vierten Präsidenten Abg. Dr. Dantine.

Krawagna: Im Namen der sozialdemokratischen Partei habe ich zu erklären: Es hat früher von Seite des Herrn Präsidenten nur geheißen, daß die Wahl mündlich durch Aufhebung der Hand vorzunehmen sei, von einem Wahlvorschlag war nicht die Rede. Da nunmehr aber ein solcher bereits gemacht wurde, habe ich hiezu namens meiner Partei Stellung zu nehmen und erkläre, daß die sozialdemokratische Partei für vier Präsidenten nicht stimmen wird, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil zwei Präsidenten für dieses Haus genügend sind. Es würde ein großer Teil der Angestellten, die in dieser Zeit abgebaut werden, es nicht begreifen, wenn nur für den Luxus und eben fürs Präsidieren um zwei Präsidenten mehr, als notwendig sind, bestimmt würden. Nach unserer Auffassung wäre es auch sehr komisch, wenn eine Partei mit vier Abgeordneten einen Präsidenten stellen würde (Rufe bei den Sozialdemokraten: „So ist es!“) und außerdem von diesen vier Abgeordneten ein Regierungsmitglied und der Obmann eines Ausschusses gewählt werden soll. Dies würde nach außen bestimmt lächerlich wirken und aus diesem Grunde können wir für diesen Antrag nicht stimmen und stimmen nur für zwei Präsidenten. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Ahrer: Hohes Haus! Ich bemerke zu diesen Ausführungen des Herrn Abg. Krawagna, daß ich es zunächst nur bedauere, daß er nicht den Mut eingebracht hat, seinen Antrag auch noch in weiterer Richtung zu stellen. Wenn es Ihnen ernst ist mit dem Abbau, dann beantragen Sie gefälligst auch den Abbau der Abgeordneten, der Landesregierungsmitglieder usw. Nachdem dies aber nicht geschehen ist, meine sehr Verehrten, so beharre ich auf meinem Antrage. Ich gebe aber auch die Erklärung ab, daß wir sehr gerne bereit sind, im Interesse der Abbaumaßnahmen uns offen mit dem ganzen Problem, nicht aber nur mit den vier Präsidenten zu beschäftigen. (Beifall auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses.)

Präsident: Es liegen zwei Anträge vor; ein Antrag auf Belassung von vier Präsidenten, und zwar eines Präsidenten aus jeder Partei, und ein zweiter Antrag auf Wahl von nur zwei Präsidenten, und zwar eines aus der christlichsozialen Partei und eines Präsidenten aus der sozialdemokratischen Partei. Ich lasse über den ersten, weitergehenden Antrag, das ist die Wahl von vier Präsidenten nach Vorschlag des Herrn Abg. Dr. Ahrer zuerst abstimmen.

Regner (zur Abstimmung): Ich beantrage, über die Wahl eines jeden vorgeschlagenen Präsidenten separat abzustimmen.

Präsident: Ich stimme diesem Antrag zu und ersuche den Herrn Schriftführer . . . — Sie wünschen na-

türlich eine namentliche Abstimmung? (Rufe: „Nein!“) Ich bitte also Herrn Abg. Dr. **Ahrer**, seine Vorschläge separat zu wiederholen.

Dr. Ahrer: Ich stelle den Antrag, zum ersten Präsidenten Herrn Abg. **Kölbl** zu wählen.

(Der Antrag wird unter lebhaftem Beifall seitens der Mitte und der Rechten des Hauses einstimmig angenommen.)

Präsident: Ich bitte Herrn Abg. Dr. **Ahrer** um seine weiteren Vorschläge.

Dr. Ahrer: Ich stelle den Antrag, zum zweiten Präsidenten den Herrn Abg. **Regner** zu wählen.

(Der Antrag wird unter Beifall seitens der sozialdemokratischen Abgeordneten einstimmig angenommen.)

Präsident: Herr Abg. Dr. **Ahrer** hat für einen weiteren Vorschlag das Wort.

Dr. Ahrer: Zum dritten Präsidenten schlage ich Herrn Abg. **Schreckenthal** vor.

(Der Antrag wird unter Beifall seitens der landbündlerischen Abgeordneten angenommen.)

Präsident: Ich erteile Herrn Abg. Dr. **Ahrer** nochmals das Wort.

Dr. Ahrer: Ich beantrage, zum vierten Präsidenten Herrn Abg. Dr. **Dankine** zu wählen.

(Der Antrag wird ebenfalls angenommen.) — (**Regner**: „Die letzten Voten!“)

Präsident Kölbl: Da ich sonach einstimmig zum ersten Präsidenten gewählt worden bin, erkläre ich unter Bezug auf mein als Abgeordneter geleistetes Gelöbniß, die Wahl anzunehmen. Ich danke für das mir entgegengebrachte Vertrauen und werde das mir anvertraute Amt mit der gleichen Objektivität wie bisher verwalten. Ich bitte den zweiten, dritten und vierten Präsidenten unter Bezug auf ihre als Abgeordnete geleistete Angelobung zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. (Geschwiegt.)

Es folgt nun die definitive Wahl der Schriftführer. Ich schlage vor, die von mir vorläufig mit den Geschäften der Schriftführer beauftragten vier Abgeordneten, daß sind die Herren Dr. **Kammerer**, **Leichin**, **Garkner** und Dr. **Obergger**, zu Schriftführern zu wählen.

(Dieser Vorschlag wird angenommen.)

Es folgt nun die Wahl von vier Ordnern. Ich schlage vor, zu Ordnern zu wählen die Herren Abg. **Gingl**, **Hirt**, **Jobel** und **Steiner**.

(Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.)

Nun erfolgt die Wahl des Hauptausschusses. Zu einem Wahlvorschlag erteile ich Herrn Abg. Doktor **Ahrer** das Wort.

Dr. Ahrer: Der Hauptausschuß besteht aus den vier Präsidenten, die automatisch Mitglieder des Hauptausschusses sind, und acht weiteren aus dem Hause zu wählenden Mitgliedern. Ich schlage für meine Partei vor, fünf Abgeordnete in diesen Hauptausschuß zu entsenden, und zwar: Dr. **Kammerer**, **Riemer**, **Sagburg**, **Schifko** und **Zeidler**, und als Ersatzmänner die Abg. Dr. **Engel**, **Peintinger**, **Spak**, **Strohmaier**, **Jenz** und **Mikola**.

Präsident: Auf die sozialdemokratische Partei entfallen drei Mitglieder. Ich bitte um einen Wahlvorschlag.

Pongraf: Ich schlage vor die Herren Abg. **Bichl**, **Muchitsch** und **Pichler**.

Präsident: Und als Ersatzmänner?

Pongraf: Wir haben keine, denn früher waren auch keine.

Präsident: Die Ersatzmänner müssen dann später nachgewählt werden. (**Prisching**: „Also abgebaut!“ — Lebhaftes Heiterkeit.)

(Die Vorschläge bezüglich der Wahl des Hauptausschusses werden einstimmig angenommen.)

Ich ersuche nunmehr den Hauptausschuß, sich sogleich zu konstituieren und sich zu diesem Behufe im AusschußsitzungsSaale zu versammeln. Nach § 52 des Verfassungsgesetzes hat der Hauptausschuß im Einvernehmen mit der Obmännerkonferenz dem Landtage Vorschläge betreffs der Wahl und der Zusammensetzung der Landesregierung zu erstatten. Zu diesem Behufe unterbreche ich die Sitzung auf eine Viertelstunde.

(Die Sitzung wird um 5 Uhr 50 Minuten nachmittags unterbrochen und vom Präsidenten **Kölbl** um 6 Uhr 15 Minuten abends wieder aufgenommen.)

Präsident: Nach dem Beschlusse des Hauptausschusses entfallen von den zwölf Landesregierungsmitgliedern auf die christlichsoziale Partei einschließlich des Landeshauptmannes und des Landeshauptmann-Stellvertreters sieben Mandate, auf die sozialdemokratische Partei vier und auf den Bauernbund ein Mandat.

Ich schreite nunmehr zur Wahl des Landeshauptmannes.

Die Wahl ich nach § 54 der Geschäftsordnung mittels Stimmzettels vorzunehmen. Für einen Wahlvorschlag erteile ich Herrn Abg. Dr. **Ahrer** das Wort.

Dr. Ahrer: Ich schlage vor, die Wiederwahl des Herrn Universitätsprofessors Dr. **Anton Rintelen** vorzunehmen. (Beifall.)

Präsident: Ich ersuche, die Stimmzettel auszufüllen und in die Urne zu hinterlegen.

(Nach Abgabe der Stimmzettel und Vornahme der Stimmzählung.) Es wurden 69 Stimmzettel abgegeben, davon enthalten 45 Stimmzettel den Namen Dr. **Anton Rintelen**, 24 Stimmzettel waren leer. Es erscheint somit Herr Dr. **Anton Rintelen** zum Landeshauptmann gewählt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen seitens der Rechten und der Mitte des Hauses.)

Die Angelobung sämtlicher Regierungsmitglieder wird unter einem vorgenommen werden.

Es folgt nunmehr die Wahl der Landeshauptmann-Stellvertreter.

Dr. Engel: Hoher Landtag! Nach § 52 der Landesverfassung und dem Ergebnisse der Landtagswahl gebührt der christlichsozialen Partei die Stelle des ersten Landeshauptmann-Stellvertreters. Namens der christlichsozialen Partei habe ich die Ehre, für diese Wahl vorzuschlagen Herrn Abg. Dr. **Jakob Ahrer**. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Präsident: Zu einem weiteren Wahlvorschlag erteile ich Herrn Abg. Muchitsch das Wort.

Muchitsch: Für die sozialdemokratische Partei schlage ich vor Herrn Abg. Josef Pongraß.

Präsident: Ich lasse über beide Wahlvorschläge unter einem abstimmen.

(Die Wahlvorschläge werden einstimmig angenommen.)

Es bleiben sohin noch zu wählen die übrigen Regierungsmitglieder, und zwar: für die christlichsoziale Partei fünf, für die sozialdemokratische Partei drei und für den steirischen Bauernbund ein Regierungsmitglied. Ich ersuche, Wahlvorschläge zu erstatten.

Dr. Rinfelen: Nach dem Beschlusse des Hauptausschusses in Verbindung mit der Obmännerkonferenz hat die christlichsoziale Partei sieben Herren zu nominieren für die Landesratsstellen, die nach dem Schlüssel auf sie entfallen. Die christlichsoziale Partei hat hievon bereits zwei Personen nominiert, da der Landeshauptmann und der erste Landeshauptmann-Stellvertreter einzurechnen sind. Es sind sonach noch fünf Herren zu nominieren, und zwar werden namhaft gemacht die bisherigen Landesräte Riegler, Priesching, Gaf, Ing. Paul und Dr. Hübler.

Präsident: Ich ersuche die sozialdemokratische Partei um einen Wahlvorschlag.

Pongraß: Namens der sozialdemokratischen Partei erlaube ich mir die bisherigen Landesräte Machold, Oberzauer und Resel vorzuschlagen.

Präsident: Ich ersuche die Partei des Steirischen Bauernbundes, einen Wahlvorschlag zu machen.

Schreckenthal: Ich schlage den bisherigen Herrn Landesrat Winkler vor.

Präsident: Ich lasse über diese Wahlvorschläge unter einem abstimmen.

(Die Wahlvorschläge werden angenommen.)

Die Wahlen sind somit vollzogen.

Ich ersuche nun den Herrn Landeshauptmann unter Bezugnahme auf das von ihm als Abgeordneter geleistete Gelöbniß zu erklären, ob er die Wahl annimmt.

Dr. Rinfelen: Hohes Haus! Ich nehme die auf mich gefallene Wahl zum Landeshauptmann im Hinblick auf das von mir als Abgeordneter geleistete Gelöbniß an. (Lebhafter Beifall.) Während die Wahl der übrigen Regierungsmitglieder nach unserer Verfassung auf Grund von Parteinominierungen erfolgt, ist der Landeshauptmann mit Stimmenmehrheit zu wählen. Es ist dies eine Eigentümlichkeit unserer Verfassung, die volles Verständnis für die Grundgedanken unserer Demokratie bei allen Parteien voraussetzt. In einer derart zusammengesetzten Landesregierung gibt es von vornherein keine Mehrheits- und Minderheitsparteien, es steht jeder Partei das gleiche Recht, aber auch die gleiche Verantwortung zu, ohne daß sie ihre Überzeugung oder ihre Berechtigung zur Kritik jemals preisgeben brauchte. Ich habe bisher auch für meine Stellung in der autonomen Regierung des Landes diese Art ihrer Zusammensetzung für maßgebend erachtet und mich daher für befugt und verpflichtet angesehen, in Angelegenheiten des Wirkungskreises der Landes-

regierung — selbstverständlich ebenfalls ohne Aufgabe meiner eigenen politischen Überzeugung — nicht als Vertreter einer Landtagsmehrheit, sondern als oberster Vertreter aller durch die Landesregierung wahrzunehmenden Interessen des Landes einzuschreiben.

Ich kann mit besonderer Freude feststellen, daß mir meine Stellung in dieser Hinsicht niemals Schwierigkeiten bereitet hat, da die Regierung in allen Existenzfragen des Landes, in denen ich zu intervenieren bemüht war, stets einmütig vorgegangen ist. Ich gedenke hierbei besonders der schwierigen Stellungnahme zu der Versorgung unseres Landes mit Lebensmitteln oder zur produktiven Arbeitslosenfürsorge, auf diesem Gebiete namentlich der Stellungnahme zu dem Ausbau unserer Wasserkraft. In allen diesen Fragen, bei denen es sich als oberstes Ziel darum gehandelt hat, die wirtschaftliche Existenz unseres Landes zu sichern oder zu kräftigen, konnte ich mich stets auf einhellige Beschlüsse der Landesregierung stützen, deren demokratische Zusammensetzung auch nach außen hin die Vertretung der gesamten Interessen des Landes in klarer Weise gegenüber allen Versuchen, einzelnen Interessentengruppen Vorteile zu verschaffen, zum Ausdruck brachte.

Ich glaube demnach auch heute, wenn ich zum vierten Male die Wahl zum Landeshauptmann annehme und mich damit neuerlich an die Spitze der vom Landtage zu wählenden Landesregierung stelle, dies in der Gewißheit tun zu dürfen, daß sich auch künftighin in der Landesregierung, als der obersten Hüterin der gemeinsamen Interessen unseres Landes, alle Parteien zu einverständlicher Arbeit zusammenfinden werden, und zwar umso mehr, als ich heute wohl sagen darf, daß die Aufgaben der Regierung während der zweiten Landtagsperiode gewiß erfreulicher sein werden, als während der abgelassenen Periode. Einen Beweis hierfür dürfte bereits der demnächst dem Landtage zu unterbreitende Voranschlag für das nächste Jahr bilden, der ja sicherlich ebenfalls nicht alle Erwartungen und Wünsche erfüllen, immerhin aber ergeben wird, daß die Existenzmöglichkeit unseres Landes bei einer Abgabenbelastung sichergestellt ist, die größtenteils hinter jener anderer Länder zurückbleibt.

Als Landeshauptmann übernehme ich aber gleichzeitig auch die Leitung der Geschäfte der mittelbaren Bundesverwaltung, wobei ich der Bundesregierung unterstehe. Ich gebe zu, daß sich hieraus ein Anlaß zu Konflikten ergeben kann. Die Gegensätze zwischen dem Bund und den Ländern sind zum größten Teile beseitigt, die noch bestehenden werden durch den Ausbau unserer Verfassungsgebung, der für die nächste Zeit zugesagt ist, bereinigt werden. Wenn ich auch demnach annehmen darf, daß die heute gewählte Landesregierung keinen äußeren Anlaß zu Hemmungen ihrer Tätigkeit finden wird, so verkenne ich doch nicht, daß das Wesen einer demokratischen Verwaltung auf dem Widerspiel der politischen Kräfte beruht und sich die Stellung des Landeshauptmannes von selbst als der Zielpunkt aller dieser sich in berechtigter Kritik auswirkenden Kräfte ergibt. Ich werde diesen Posten, auf den mich der Landtag berufen hat,

nach besten Kräften versehen, solange ich seines Vertrauens sicher bin. (Lebhafter Beifall und Handklatschen.)

Präsident: Ich ersuche nunmehr die übrigen elf Herren Regierungsmitglieder unter Bezug auf das von ihnen als Abgeordnete geleistete Gelöbniß zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. (Geschieht.)

Ich bitte weiters um Vorschläge über die Anzahl und Mitgliederzahl für die Wahl der Ausschüsse.

Dr. Enge: Hoher Landtag! Nach § 16 der Geschäftsordnung erlaube ich mir den Antrag zu stellen, zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände die Ausschüsse in der früheren Anzahl und die Anzahl der Mitglieder mit je zwölf und ebensoviel als Ersatzmitglieder zu bestimmen. (Angenommen.)

Präsident: Ich bitte um Parteivorschläge für die Ausschüsse. (Die Vorschläge werden erstattet durch Dr. Enge, Pongraß und Winkler, und zwar durch Pongraß auch nachträglich für die Ersatzmitglieder des Hauptausschusses.)

Ich werde, wenn kein Widerspruch erhoben wird, die Wahlen der vorgeschlagenen Ausschußmitglieder für alle Ausschüsse zusammen mit einer Abstimmung vornehmen lassen. (Einstimmig angenommen.)

Die Wahlen sind vollzogen. (Siehe Beschluß 8.)

Zu einer Parteierklärung erteile ich Herrn Landesrat Machold das Wort.

Machold: Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion dieses hohen Hauses möchte ich unsere Haltung zum Herrn Landeshauptmann, zur Mehrheit der Landesregierung und zu den bürgerlichen Parteien des Hauses und zu einer Reihe von wichtigen Fragen in der Öffentlichkeit kurz festlegen. Ich entledge mich dieser Aufgabe, indem ich folgendes hier klarlege und feststelle:

Aus einem heftigen Wahlkampfe, der von den bürgerlichen Parteien zufolge der Seipelschen Wahlparole: „Für oder gegen die Sanierung“ unter den allergünstigsten Vorbedingungen geführt worden ist, ist unsere Partei erfolgreich hervorgegangen. Schon in diesem Wahlkampfe haben die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme als oberstes und einziges Ziel derselben die Bekämpfung der Arbeiterklasse und ihrer politischen Vertreterin, der sozialdemokratischen Partei, bezeichnet. Trotzdem das Wahlergebnis deutlich zum Ausdruck gebracht hat, daß Arbeiter und Angestellte auch in Steiermark nahezu ausnahmslos im Lager der sozialdemokratischen Partei stehen („Oho!“ bei den Christlichsozialen), scheint die bürgerliche Politik im Lande ihr Ziel nicht ändern zu wollen und scheint sie noch immer den Kampf gerade gegen die arbeitenden Menschen, deren Arbeit Staat und Land vornehmlich erhält, als ihre wichtigste Aufgabe zu betrachten. In geradezu demonstrativer Weise wurde diese ausschließlich gegen die Arbeiterklasse gerichtete Politik dadurch zum Ausdruck gebracht, daß die herrschende christlichsoziale Partei sich nicht scheut, mit jenem armseligen Restchen der großdeutschen Partei, das dem vernichten-

den Urteilspruche der Wähler diesmal noch entronnen ist, eine Koalition nach dem Muster der Seipelschen Koalition abzuschließen. Wenn sich die große christlichsoziale Partei des Landes, die nahezu die Hälfte aller Landtagsmandate besetzt hält, ohne Notigung mit der von den Wählern gerichteten großdeutschen Vier-Männer-Partei in eine Koalition zusammenschließt, wenn sie ihr ganz gegen den Willen der Wähler und entgegen dem Sinne und Geiste der Landesverfassung zu einer Vertretung in der Landesregierung verhilft, so tut sie dies, um sich im Landtag eine sichere Mehrheit zu schaffen. Es ist dies keine Konzentration, wie der Öffentlichkeit vorgekautet wird, sondern eine Koalition mit Zielen und Zwecken, die der Außenwelt verborgen gehalten werden. Die christlichsoziale Partei Steiermarks folgt durch diese Verbindung mit den Großdeutschen dem Beispiele ihres Bundeskanzlers Seipel, offensichtlich zu dem Zwecke, um ihre reaktionären und arbeiterfeindlichen Ziele (Rufe: „Oho!“ bei den Christlichsozialen) noch wirksamer verfolgen zu können. Die sozialdemokratische Partei hat die Koalition des Herrn Seipel bisher mit unbeugbarer Energie bekämpft und ihre volksfeindlichen und reaktionären Angriffe abgewehrt. Sie wird auch in Zukunft, dem Willen ihrer Wähler, der erst in diesen Tagen durch den sozialdemokratischen Parteitag eine neuerliche Bekräftigung erfahren hat, entsprechend, den Kampf gegen die Seipelsche Reaktion fortsetzen, und sie wird auch den Abklatsch der Seipelschen Koalition in unserem Lande mit allen Mitteln bekämpfen, wenn der Versuch gemacht werden sollte, diese Koalition zur Förderung der Reaktion und zur Bekämpfung der Arbeiterklasse zu mißbrauchen.

Das wichtigste Ziel unserer Politik wird auch in Zukunft die Aufrechterhaltung der demokratischen Republik und ihre Bewahrung vor jedem Angriff bleiben. Wir wissen genau, daß über das Schicksal der Republik nicht in diesem Landtage entschieden wird und daß der stärkste Schutz der Republik in der Kraft der organisierten Arbeiterschaft gelegen ist. Nichtsdestoweniger werden wir gerade in unserem Lande mit der größten Wachsamkeit die Republik behüten, weil gerade bei uns in Steiermark monarchistische Treibereien und Angriffe auf die Ehre und die Sicherheit der Republik die wohlwollendste und nachsichtigste Beurteilung finden. Die stärkste Partei des Landes, in deren Händen heute die Verwaltung desselben gelegen ist, hat ihre wahre Gesinnung gegen die Republik damit kundgetan, daß sie ein formelles Wahlbündnis mit der monarchistischen Partei schloß, also mit jener Partei, die die Zerstörung der Republik zu ihrem Programm gemacht hat. Dieser Partei blieb es vorbehalten, in die freigewählte Volksvertretung dieses republikanischen Landes einen Monarchisten einzuschmuggeln. (Rufe: „Pfui!“ bei den Sozialdemokraten.) Die Art, in der dies geschah und die Ablehnungsversuche zeugen am besten, von welcher Gesinnung diese Partei der Republik gegenüber befeelt ist. Unser Mißtrauen und unsere Wachsamkeit sind auch durch die Vorgänge in der Vergangenheit voll gerechtfertigt. Wir müssen daran erinnern, daß vor zwei Jahren, also in einer Zeit,

in der der Republik von außen und innen schwere Gefahr drohte, der höchste Funktionär in Steiermark den Schutz des Landes nach außen und seine Sicherheit im Innern einem Manne anvertraut hat, der infolge seiner offenkundig monarchistischen Gesinnung ein Todfeind der Republik war und eine Gefahr für ihre Sicherheit bedeutete. Der Herr Landeshauptmann hat sich damals der von uns verlangten Entfernung dieses Herrn Peinlich mit allen Mitteln widersetzt. Nunmehr hat Herr Peinlich selbst den Beweis dafür erbracht, wie berechtigt unser Vorgehen gegen ihn war und trotzdem ist die Partei des Landeshauptmannes mit ihm weiter in engster Verbindung und hat ihn in einer ihr nahestehenden Unternehmung angestellt. Alles dies zeigt uns, wie groß die Gefahren sind, die der Republik von der herrschenden Partei des Landes drohen und wie sehr uns die Pflicht obliegt, alle Kräfte zur Abwehr dieser Gefahren zu sammeln. In keinem Lande der Republik sind monarchistische Veranstaltungen, die in der Regel Verhöhnungen der Republik darstellen, so üblich und nirgends beteiligen sich öffentliche Funktionäre so regelmäßig daran wie bei uns. Wenn nun die Großdeutschen — wie in ihrem hiesigen Parteiblatt zu lesen ist — den Antrag der Christlich-sozialen angenommen haben, wenn sie mit der Partei, die diese Dinge zu verantworten hat, eine Koalition abgeschlossen haben, wenn sie um eines Landesratsmandates wegen an dieser Koalition an Seite eines monarchistischen Abgeordneten teilnehmen, so beweist uns dies nur, wie gerecht das Urteil war, das die Wähler über diese alles eher als freiheitliche Partei gefällt haben. Uns ist dieser Zusammenschluß recht. Er bestätigt unsere Auffassung, daß es unter dem Bürgertum keine Freiheitlichkeit gibt und daß der Haß gegen die Arbeiterschaft alles eint.

Die herrschende Partei des Landes ist für die Republik keine Stütze, für die demokratische Entwicklung in derselben ist sie eine Gefahr. Die in der Verfassung des Bundes versprochene, bis zum heutigen Tage nicht durchgeführte demokratische Reform der Verwaltung findet gerade in der christlichsozialen Partei Steiermarks und ihren leitenden Funktionären ihre schärfsten Gegner. Während in anderen Ländern sogar Christlich-soziale die demokratische Umgestaltung der Bezirksverwaltung gefördert und Vorschläge solcher Art unterstützt haben, war es der Landeshauptmann Steiermarks, der sich an die Spitze aller Gegner dieser Reform gestellt hat. — Wir werden mit allen Kräften um die demokratische Umgestaltung auch der Bezirksverwaltung kämpfen und können an die Mehrheitsparteien nur die dringende Aufforderung richten, den Widerstand gegen dieselbe endlich aufzugeben.

Am schärfsten zeigt sich die Gegnerschaft gegen die Demokratie, die in diesem Lande so vielfach besteht, in der Behandlung der eigentlichen Träger aller demokratischen Verwaltung, in der Behandlung der freien Gemeinden. Nirgends in Österreich kennt man Eingriffe in die freie Verwaltung der Gemeinden von solcher Art, wie sie gerade in Steiermark vorkommen. Das staatliche Aufsichtsrecht, ein Überbleibsel der reaktionären Vergangenheit, das auch damals nur zur

Überwachung der formalen Gesetzhaltigkeit kommunaler Verwaltungsakte diente, wird bei uns in Steiermark zu immer häufiger werdenden Eingriffen in freie Entscheidungen der Gemeinden mißbraucht. Bürgerliche Minderheiten in sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden haben es sich zur Gewohnheit gemacht, Entscheidungen, die ihnen aus irgend welchen reaktionären oder volksfeindlichen Gründen nicht passen, durch Anrufung des Aufsichtsrechtes zu bekämpfen. Sie finden mit derartigen Anliegen beim Landeshauptmann in der Regel soviel Verständnis, daß sich dieser Mißbrauch des Aufsichtsrechtes zur Einführung einer Art Instanz über die freien Gemeinden entwickelt hat. Das höchste Verwaltungsgericht der Republik, der Verwaltungsgerichtshof selbst, mußte schon in Entscheidungen diesen Mißbrauch des Aufsichtsrechtes brandmarken, Entscheidungen solcher Art als grobe Verletzung des Gesetzes aufheben und trotzdem scheint die herrschende Partei im Lande, beziehungsweise ihr Exponent, der Herr Landeshauptmann, auf diesen Mißbrauch noch nicht verzichten zu wollen. Wir werden uns gegen Vergewaltigungen freier, jeder fremden Einflußnahme entzogenen Körperschaften mit allen Mitteln zur Wehr setzen und werden uns eine solche Behandlung der Gemeindevertretungen nicht länger gefallen lassen. Wir haben dies umsoweniger notwendig, als gerade die von sozialdemokratischen Mehrheiten verwalteten Gemeinden im Land der Landesverwaltung selbst als Muster dienen könnten. Auf vielen Gebieten, auf denen die Landesverwaltung vollständig verlagert hat und jede fruchtbare Tätigkeit vermissen läßt, haben diese Gemeinden unter den schwierigsten Verhältnissen in kurzer Zeit bewundernswerte Erfolge erreicht. — Der aus wirtschaftlichen Gründen so notwendigen Zusammenlegung von Gemeinden werden Hindernisse jeder Art beseitigt. Die vor Jahren im Grazer Gemeinderat beschlossene Schaffung von Groß-Graz kommt infolge des Widerstandes der bürgerlichen Parteien nicht zur Durchführung. Der durch die kolossale Arbeitslosigkeit in den Vordergrund gerückten und die Gemeinde finanziell schwer belastenden Herbergsfrage geht die Landesverwaltung aus dem Wege. Wir müssen die Lösung aller dieser Fragen dringlichst verlangen.

Nun zur Frage der Wehrmacht. Die herrschende Partei des Landes hat ihren Ehrgeiz stets darin gesehen, Steiermark in jeder Beziehung zu dem eigentlichen Sitz der Reaktion in der Republik zu machen. Nirgends waren Verfolgungen republikanischer Wehrmänner so auf der Tagesordnung wie in Steiermark. Wir sehen unsere Aufgabe darin, die Wehrmacht republikanisch zu erhalten, denn nur dann kann ihr der Schutz der Republik mit ruhigem Gewissen anvertraut werden. Die christlichsoziale Partei des Landes, die Förderin aller monarchistischen und reaktionären Bestrebungen in der Wehrmacht, hat bisher durch alle Mittel der Verfolgung und der Quälerei versucht, die republikanischen Wehrmänner ihrer Gesinnung untreu zu machen, allerdings glücklicherweise mit wenig Erfolg. Wir werden uns in Zukunft noch energischer als bisher gegen solche Versuche zur Wehr setzen.

Ein Kapitel für sich bildet die steirische Justiz. Wenn sich in Steiermark Richter finden, die Klassenjustiz üben, so liegt die Schuld daran gewiß nicht allein an den Mehrheitsparteien. Wir wissen sehr wohl, daß die Justiz vom Landtag und der Landesverwaltung nicht unmittelbar geleitet wird, aber ein großer Teil jener unerträglichen Verhältnisse, die derzeit in der steirischen Rechtspflege herrschen, hat in der reaktionären Haltung der Mehrheitsparteien ihren Grund. Es gibt bei uns eine Anzahl pflichtvergessener Richter, die sich zum Vollstrecker dieser reaktionären Politik gegenüber sozialdemokratischen und republikanischen Parteien machen.

In keinem Lande der Republik werden öffentliche Angestellte so häufig und so gehässig wegen ihrer politischen Gesinnung, vor allem wegen ihrer Zugehörigkeit zur sozialdemokratischen Partei verfolgt, wie in Steiermark. Sollte diese gehässige Verfolgung der unserer Partei angehörigen öffentlichen Angestellten nicht aufhören, so werden wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel zur Anwendung bringen, um diesen Zuständen ein Ende zu bereiten.

Ebenso rückschrittlich wie die Verwaltung, war auch die Finanzpolitik, die bisher im Lande geübt wurde. Auf die Dauer kann die ängstliche Bewahrung der Besitzenden, namentlich der größeren Grundbesitzer, vor einer entsprechenden Steuerleistung nicht aufrecht erhalten werden, wenn die Landeswirtschaft nicht dem Untergange zugeführt werden soll. Währenddem sich andere Bundesländer bereits saniert haben, sehen die Finanzen Steiermarks geradezu trostlos aus. Die Finanzpolitik des Landes hat es verschuldet, daß die Landesverwaltung ihren eigentlichen Aufgaben, der Fürsorge für die breiten Massen der Bevölkerung, nur ganz unzulänglich zu entsprechen vermochte. In der Frage der Unterstützung der armen Kriegsoffer, der Invaliden, der Witwen und Waisen wird viel zu wenig getan.

Am empfindlichsten aber zeigt sich das vollständige Versagen der Landesverwaltung der Wohnungsnot gegenüber. Das Land hat zur Schaffung von neuen Wohnungen nicht das Geringste beigetragen. Es hat niemals den leisesten Versuch gemacht, Bemühungen solcher Art, die von anderer Seite ausgingen, zu fördern. Auf die Dauer kann sich auch das Land dieser wichtigsten sozialen Fürsorgeaufgabe nicht entziehen und wir richten daher schon jetzt an die Mehrheitsparteien die dringende Aufforderung, für die Erfüllung dieser Aufgaben Sorge zu tragen. Alle Parteien dieses Landtages wissen, daß wir Sozialdemokraten bedingungslose Anhänger der Aufrechterhaltung des Mieterschutzes sind und daß jeder Versuch, den Mieterschutz zu gefährden oder zu verkürzen, unserem schärfsten Widerstand begegnen muß. Wir wissen, daß die Mehrheitsparteien des Landes zu den gefährlichsten Gegnern des Mieterschutzes gehören, hat sich doch gerade der Landeshauptmann Steiermarks anläßlich der Beratungen des Mietergesetzes im Bundesrat an die Spitze der Gegner des Gesetzes gestellt und haben doch die Vertreter der Mehrheitsparteien in der Wahl-

bewegung es an Beteuerungen nie fehlen lassen, daß sie die Beseitigung des Mieterschutzes anstreben. Der Landeshauptmann hat sich aber damit nicht begnügt, sondern hat durch seine bekannte Verordnung über die Hausherrenvorschläge das Anforderungsrecht der Gemeinden fast aufgehoben, die Wohnungsnot in den Städten empfindlich gesteigert und der verächtlichsten Erscheinung, dem Schacher und Wucher mit Wohnungen, Tür und Tor geöffnet. Trotzdem die Stadtgemeinde Graz die Bedingungen, an welche die Änderung dieser Verordnung geknüpft wurde, seit Wochen restlos erfüllt hat, ist diese zugesicherte Änderung noch immer nicht erfolgt. Wir erheben die dringende Forderung nach Beseitigung dieser Verordnung und nach sofortiger Einlösung des fälligen Verprechens.

Mit besonderer Sorge erfüllt uns die Frage des Ausbaues unserer Wasserkräfte. Zu den in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit diesbezüglich gepflogenen Erörterungen müssen wir vor allem andern erklären, daß wir den Ausbau der steirischen Wasserkräfte aus rein wirtschaftlichen Gründen als unbedingt notwendig und unerläßlich betrachten. Schwere Fehler sind in dieser Richtung in der Vergangenheit begangen worden und die separatistische Haltung der bürgerlichen Mehrheit im Lande und ihre Voreingenommenheit gegen die sozialdemokratisch verwaltete Reichshauptstadt Wien hat nicht wieder gutzumachende Versäumnisse gezeitigt. Ohne die Finanz- und Konsumkraft Wiens ist an einen systematischen und zweckmäßigen Ausbau unserer Wasserkräfte nicht zu denken. Wir wollen, daß die Interessen der Allgemeinheit gegenüber dem ausländischen und inländischen Kapital gewahrt werden. Es muß demnach vor dem Abschluß von Vereinbarungen mit den Bankengruppen volle Klarheit in jeder Beziehung geschaffen und nichts darf versäumt werden, um das Land und die Bevölkerung vor Schaden zu bewahren.

Die Förderung des Schulwesens werden wir uns ganz besonders angelegen sein lassen und alle Bestrebungen unterstützen, die die freiheitliche Entwicklung des Schulwesens zum Ziele haben. Die Rechte der Lehrerschaft und ihre Existenz müssen genügend geschützt werden. Die Partei wird ihre traditionelle und programmatische Haltung der Schule und Lehrerschaft gegenüber beibehalten und auf Beistellung jener Mittel dringen, die ein aufblühendes Schulwesen sichern.

In den agrarpolitischen Fragen ist festzustellen, daß bisher hauptsächlich die Interessen des Großbesitzes gefördert, die der Kleinbesitzer aber völlig übergangen wurden. Unser Antrag auf Minderung der Steuerleistung der Kleinen wurde abgelehnt. Bei der Neuordnung der Forst- und Weidewirtschaft blieben die Interessen der Kleinen unbeachtet. In der Wiederbesiedelung wurde merkwürdigerweise nur in jenen Fällen eine raschere Entscheidung gefällt, in denen sich die Besitznahme unmöglich erweist, während glatte Fälle sabotiert wurden. Eine schwere Schädigung der Kleinen, besonders der gewerblichen Arbeiter auf dem Lande, ist die Verordnung des Landeshauptmannes, derzufolge diese Arbeiter in den sogenannten Land-

gemeinden von der Arbeitslosenunterstützung ausgeschlossen sind. Es wird unsere Aufgabe sein, die Interessen der Kleinen auf dem Lande entschieden wahrzunehmen.

Im allgemeinen werden wir allem, was von der christlichsozialen-großdeutschen Koalition kommt, mit berechtigtem Mißtrauen begegnen. Dieses Mißtrauen erstreckt sich aber selbstverständlich auch auf die dritte bürgerliche Partei dieses Hauses, die angeblich dieser Koalition nicht oder noch nicht angehört, auf den Landbund.

Wir brauchen nicht erst näher zu erklären, warum wir der Pistorpartei, der Partei, welche die Bekämpfung der Mieter zu ihrer Hauptaufgabe gemacht hat, in schärfstem Gegensatz gegenüberstehen.

Die sozialdemokratische Partei Steiermarks hat im letzten Wahlkampfe, und zwar schon zum dritten Male seit dem Bestand der Republik, ihre Kraft und ihre Mandate in vollem Umfange aufrecht erhalten. Der große Stimmenzuwachs und die Begeisterung unserer Parteianhänger bei den letzten Wahlen waren die wirksamste Anerkennung unserer bisherigen Politik. Recht und Pflicht zur Teilnahme an der Landesregierung und damit an der Verwaltung des Landes entspringen aus der Landesverfassung selbst. Wir werden diese uns von der Verfassung zugewiesene Aufgabe wie bisher erfüllen und wir werden wie bisher bestrebt sein, die uns anvertrauten Verwaltungszweige gewissenhaft zu besorgen. Vor allem werden wir unsere Referate führen wie bisher, vollständig objektiv und mit einer Unparteilichkeit, die leider bei den übrigen Parteien keine Nachahmung findet. Wir wollen fruchtbare Arbeit im Interesse des Landes leisten. Die Art der Bekundung unserer Politik wird vor allem andern abhängen von dem Verhalten der Mehrheitsparteien. Vorstöße der Reaktion und der Arbeiterfeindschaft werden wir mit allen Mitteln bekämpfen. Unsere Politik wird auch in Zukunft ausschließlich und mit unbeugbarer Energie jenen Zielen dienen, die wir als höchste Ziele aller Politik schätzen, dem Wohl der arbeitenden Menschen in Stadt und Land, dem Wohl der Republik. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten.)

Dr. Mrhrer: Hohes Haus! Die Landtagswahl hat bewiesen, daß der überwiegende Teil der Wählerschaft mit der von uns vertretenen Richtung, deren Ziel das Wohl des gesamten Landes unter Ablehnung einer Klassenpolitik ist, einverstanden ist. Wir werden diese Richtung weiter verfolgen.

Wir sind in der ersten Periode unseres Landtages mit voller Taskraft an die Sanierung unseres Landes durch Beseitigung alles Ungeordneten, Überflüssigen oder doch Entbehrlichen geschritten. Wir haben viele und schwere Opfer gebracht, wir werden mit gleicher Taskraft uns die Früchte dieser Opfer zu sichern wissen. Wir vertreten allerdings keine Wünsche, die wir von vorneherein als unerfüllbar erkennen, seien es nun unmittelbar unerfüllbare Fälle oder, weil sie unserer Kompetenz entrückt sind. Wir müssen es ablehnen, uns mit Fragen zu beschäftigen, die nicht vom Landtage

zu entscheiden sind. Wir werden mit aller Entschiedenheit dafür eintreten, daß im Rahmen unserer Kompetenz und innerhalb der finanziellen Möglichkeit die gefunden und ertragsfähigen Triebe und Keime unseres Verwaltungs- und Wirtschaftslebens zur Entfaltung gebracht werden.

Die Interessen des Bundes sind für uns auch die Interessen des Landes. Wir stehen auf dem Boden unserer Verfassung, fordern aber, daß diese mit größter Beschleunigung in Wirksamkeit gesetzt und dem Lande jene Betätigung ermöglicht wird, die ihm durch die Verfassung zugesichert ist. Wir gewärtigen demnach zunächst das Verfassungsgesetz des Bundes über die Organisation der allgemeinen staatlichen Verwaltung in den Ländern. Wir erwarten ferner das Zustandekommen des Verfassungsgesetzes des Bundes über den Wirkungskreis des Bundes und der Länder auf dem Gebiete des Schul-, Erziehungs- und Volksbildungswesens, um auf diesem Gebiete zu den kaum mehr aufschiebenden Reformen, die zum Teile durch den Entwurf eines neuen Schulaufsichtsgesetzes bereits vorbereitet wurden, schreiten zu können.

Das Provisorium, das in der Verwaltung unserer Bezirke durch Einsetzung von Verwaltungsausschüssen geschaffen wurde, muß endlich beseitigt, die Finanzwirtschaft unserer Bezirke muß geregelt werden. Wir werden hiezu erst dann in die Lage kommen, wenn der Bund das von ihm in Aussicht gestellte Bezirksverwaltungs-gesetz geschaffen hat. Vorläufig werden wir durch ein Straßengesetz den Bezirken entgegenzukommen versuchen und wir erwarten das Erscheinen der vom Bund angekündigten diesbezüglichen Bestimmungen. Nicht minder hoffen wir an die Reform unserer veralteten Gemeindeordnung und gleichzeitig an die Regelung der Dienstverhältnisse der Gemeindebediensteten schreiten zu können. Die Armengesetzgebung wünschen wir nach den neuen Gesichtspunkten der Fürsorge zu reformieren, das gesamte Fürsorgewesen, für das als Nothelfer das Landesjugendamt eingerichtet wurde, ist zu konzentrieren. Die Bauordnung, die wir in der ersten Landtagsperiode novelliert haben, ist durch ein neues, den heutigen Verhältnissen entsprechendes Gesetz zu ersetzen. Auf dem einzigen Gebiete, das derzeit ohne wesentliche Einschränkung der Landesgesetzgebung zur Verfügung steht, der Landeskultur, hat der Landtag in seiner ersten Periode eine reiche Tätigkeit entfaltet. Wir werden die Gesetzgebung auf diesem Gebiete vervollständigen und zu den bisher unerledigt gebliebenen Gesetzentwürfen Stellung zu nehmen haben. Sowie wir betreffs der Gesetzgebung vermeiden wollen, mit der Bundesverfassung in Widerspruch zu geraten, und lediglich verlangen, daß uns zugestanden wird, daß wir auf dem Gebiete der Lebensnotwendigkeiten unserer Bevölkerung Rechnung zu tragen haben, so stehen wir auch betreffs der Vollziehung in keinerlei Gegensatz zu der Bundesregierung. Wir verfolgen keine separatistischen Tendenzen, verlangen aber, daß der verfassungsmäßige Wirkungskreis der gewählten Landesregierung eingehalten werde. Wir wollen selbstverständlich Verfügungen zur Beseitigung der Doppelverwaltung. Wir fordern, daß

der Bund die übernommenen Aufgaben auf dem Boden der Verfassung ohne Verzögerung durchführt.

Unser Programm auf wirtschaftlichem Gebiete, für das die Voraussetzungen durch das Bundesgesetz über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen dem Bund und den Ländern gegeben sind, werden wir im einzelnen bei dem in Kürze vom Landtage zu erledigenden Landesvoranschlag entwickeln. Wir werden beim hohen Landtage diejenigen Steuern beantragen müssen, die das Land unter dem Zwange der Notwendigkeit übernehmen muß, wir werden aber bei Aufstellung des Landesvoranschlages die größte Sparsamkeit walten lassen.

So hoffen wir, daß wir, den eingeschlagenen Weg weiter verfolgend, unser Land zur vollen Gesundung führen und alle in ihm ruhenden Kräfte zur Entfaltung bringen werden.

Und nun, hoher Landtag, kann ich die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne mich einigermaßen mit Herrn Landesrat Machold zu beschäftigen. Zunächst hat der Herr Landesrat Machold das alte Schlagwort von der Bekämpfung der Arbeiterschaft gebracht und von diesem beabsichtigten Ziel der gesamten bürgerlichen Regierung und Parteien gesprochen. Abgesehen davon, daß er keine konkreten Dinge angegeben hat, möchte ich ihn aber doch bitten, derartig übertragene Schlagworte bei einer Erklärung am Beginn der steirischen Landtagsession vielleicht das nächste Mal im Landtage zu unterlassen. Wir kommen ja auf diesem Wege nicht weiter.

Was den Herrn Sozialdemokraten (Unverständlicher Zwischenruf des Abg. Leichin.) und scheinbar dem Herrn Abg. Leichin, weil er sich bemerkbar machen muß, besonders auf die Nerven geht, das ist unsere Koalition mit den Großdeutschen. Wir werden uns darüber ganz öffentlich und aufrichtig aussprechen; daß Ihnen zunächst primär die Seipel-Koalition, wie sie genannt wird, das Zusammengehen zwischen den Christlichsozialen und Großdeutschen, in Wien damisch auf die Nerven geht, das finde ich begreiflich. Dazu will ich nur das eine sagen: Schließlich und endlich ist diese Frage eine Frage, die wir zu entscheiden haben, und wir lehnen es naturgemäß ab, vorher beim sozialdemokratischen Parteivorstand uns irgend welche Informationen betreffend unsere Taktik einzuholen. (Beifall.)

Wir stehen weiters auf dem Standpunkte, daß wir im Lande grundsätzlich alle Parteien auch in der Landesregierung mitarbeiten lassen wollen. Die Ziele und die Zwecke unserer Regierung haben Sie, meine sehr geehrten Anwesenden, ganz kurz aus meinen vorhergehenden Ausführungen entnommen und im allgemeinen sind ja die Herren Sozialdemokraten immer — oder vielleicht bilden sie sich das nur ein — gut über das informiert, was wir wollen. Wenn nun der Herr Landesrat Machold erklärt hat, daß die Seipel-Koalition in Wien von Ihnen die schärfste Bekämpfung erfahren müßte, so ist das eine Sache, die mit dem steirischen Landtage nichts zu tun hat. Wenn er aber eine Sache angeführt hat, die den sozialdemo-

kratischen Parteitag beschäftigt hat, nämlich die Ablehnung der sozialdemokratischen Partei in die Koalition der jetzigen Regierungsparteien in Wien einzutreten, so muß ich schon sagen, daß ich von der großen Geschlossenheit dieser Ansichten aus dem Berichte des Parteitages nicht ganz überzeugt war. Es hat sich wieder einmal das Moment ergeben, das auch in der Vergangenheit schon da war, daß die Herren Sozialdemokraten in Wien sich zweifellos auf die Ministerstühle gesetzt hätten, wenn man sie ihnen gegeben hätte. (Lebhafter Beifall.)

Der Herr Landesrat Machold hat weiterhin angekündigt, daß die Sozialdemokraten uns mit allen Mitteln bekämpfen werden. Wir sind damit einverstanden, wir nehmen diesen Kampf auf und wir fühlen uns stark genug, diesen Kampf mit einem Sieg für uns durchzuführen. (Lebhafter Beifall. — Regner: „Nur heraus mit den letzten Göttern!“)

Wenn der Herr Kollege Machold auch erklärt hat, daß ihnen diese Sache mit den Großdeutschen unsympathisch ist, so liegt hierin vielleicht eine kleine Anerkennung oder Schmeichelei für uns, indem man an Stelle des Herrn Landesrates Dr. Hübler lieber einen Christlichsozialen sehen würde. Ich quittiere dies damit, daß wir unsere Dispositionen in keiner Richtung einschränken lassen. (Pichler: „Es lebe die Viermännerpartei!“)

Nun, meine Herren, zu einem weiteren Punkte, das ist die Frage des Wahlbündnisses der christlichsozialen Partei mit den Monarchisten. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich weiß ganz genau, daß der Herr Landesrat Machold es genau weiß, daß ein derartiges Wahlbündnis nicht bestanden hat und nicht besteht. Das bitte ich für Steiermark zur Kenntnis zu nehmen und wenn Sie fortwährend schreien: „Die Republik ist bedroht!“ und sich fortwährend als diejenigen aufspielen, die unser republikanisches Staatswesen schützen wollen, dann, meine sehr geehrten Herren von der sozialdemokratischen Partei, dann nützen Sie damit dem republikanischen Gedanken nichts, sondern Sie schaden ihm eher. Ich will Ihnen genau sagen, wer den Bestand der österreichischen Republik ermöglicht hat. Das ist der Bundeskanzler Seipel mit seiner Regierung. (Lebhafter Beifall. — Pichler: „Der Seipel kommt noch in einen Glaskasten!“) Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister Pichler, Sie zwingen mich nur, Sie noch etwas länger in Atem zu halten und das wollen Sie doch nicht.

Es wurde weiter angezogen die Frage der Bezirksverwaltungsreform. Auch dafür sind wir zu haben. Wir sind nur dafür nicht zu haben, daß an Stelle der Bezirkshauptleute, an Stelle von objektiven Beamten in Obersteiermark, rote Oberboznen sitzen. (Regner: „Und in Untersteiermark schwarze!“) Verzeihen Sie, Herr Kollege Regner, uns ist diese Teilung nicht sympathisch, wir wollen nur eine objektive Verwaltung haben.

Es hat der Herr Vorredner weiters angeführt und dem Herrn Landeshauptmann schwere Vorwürfe gemacht, betreffend sein Vorgehen gegen die Gemeinden.

Ich fasse die Sache vom entgegengesetzten Standpunkt auf und nicht nur deswegen, weil Sie da drüben und ich herüber sitze, Herr Kollege Machold. Ich meine, daß ich es dem Herrn Landeshauptmann sehr hoch anrechne, daß er sich der bedrückten bürgerlichen Minoritäten in den ausschließlich von Ihnen beherrschten Gemeinden angenommen hat und insbesondere auch, daß er den verschiedenen wirtschaftlichen Unternehmungen dieser Gemeinden sein Augenmerk zugewendet hat.

Ich hätte noch über zwei Punkte zu sprechen. Der eine ist die Frage der Wehrmacht. Herr Kollege Machold, bewegen Sie sich doch nicht in dem etwas eiteln Traum, daß sie nur von Ihnen beherrscht wird, auch wenn Sie in Herrn Rosenwirth einen Vertreter derselben in Uniform, geschmückt mit der roten Nelke, hier sitzen haben; so hat das gar nichts auf sich. Wir hoffen, daß die Wehrmacht ein ordnungsmäßiges Instrument ist und bleibt. (Rosenwirth: „Daher der Wehrbund, nicht wahr?“)

Auf das schärfste muß ich ferner die Angriffe gegen den steirischen Richterstand zurückweisen. Die Herren Sozialdemokraten belieben eben immer dann gegen den Richterstand loszuziehen, wenn ein Urteil gefällt wird, das ihnen nicht paßt. (Regner: „Ja, wann denn?“) Das muß ich ganz energisch zurückweisen.

Schließlich und endlich, meine Damen und Herren, hat Herr Landesrat Machold sich noch über den sogenannten Hausherrenvorschlag aufgeregt. Ich muß betonen, daß diese Frage in der Regierungssitzung, wo alle Parteienvertreter sitzen, behandelt und angenommen wurde.

So glaube ich in der Hauptsache die Edelsteine aus der Rede des Herrn Landesrates Machold herausgenommen zu haben und möchte zum Schluß nur noch eines sagen: Der Herr Abg. Machold hat eine Rede gehalten, die im großen und ganzen eine Kritik enthielt, ohne etwas Positives anzugeben. Ich kann namens meiner Partei erklären, daß wir uns durch diese Rede auf unserem Wege, der uns klar vorgezeichnet ist, nicht abbringen lassen. (Regner: „Das heißt, wir wollen weiter tun, was wir wollen. Das war wohl sehr schwach.“)

Winkler: Hohes Haus! Unsere Partei ist das erste mal im Jahre 1919 in diesem hohen Hause aufgetreten. Wir haben im ersten als auch im zweiten Landtage gemäß unseres Programmes und unserer seit Bestehen unserer Partei eingenommenen Haltung für einen bürgerlichen Landeshauptmann unsere Stimme abgegeben. Auch bei der heute durchgeführten Wahl haben wir unsere Stimmzetteln für einen bürgerlichen Landeshauptmann, für Professor Dr. Rinkelen, zur Abgabe gebracht. Hiezu ist eine Erklärung notwendig.

Es ist uns bekannt, daß die Verhandlungen zwischen Großdeutschen und Christlichsozialen zu einem positiven Ergebnis, zu einer Koalition, geführt haben. Wir kennen auch die Beweggründe, die zum Abschlusse dieses Paktes zu führen vermochten. Die Christlichsozialen haben ihre für die Landesregierung errungene

Majorität durch Abschluß eines Vertrages mit den Großdeutschen im Landtage gestützt. Die Großdeutschen erhalten auf der christlichsozialen Liste ein Mandat in der Landesregierung. Wir kennen noch nicht vollkommen die Gegenleistung, die die Großdeutschen für das großmütige Verhalten der Christlichsozialen zu geben sich verpflichtet haben. Wenn wir trotz geänderter Konstellation des Landtages für den Kandidaten der christlichsozialen Partei für den Posten eines Landeshauptmannes gestimmt haben, so geschah dies nicht aus der Erwägung heraus, daß wir Vertrauen zur christlichsozialen Politik in Land und Staat besitzen. Im Gegenteil, die letzten Wochen und Monate haben in unserer Partei in dieser Richtung stärkstes Mißtrauen hervorgerufen. Wir stimmten heute für den von der christlichsozialen Partei nominierten Landeshauptmann aus der nüchternen Erwägung heraus, daß gemäß unserer bisherigen auch im Landtage zum Ausdruck gebrachten grundsätzlichen Einstellung die bäuerlich-bürgerliche Mehrheit einen bürgerlichen Landeshauptmann zu stellen hat. Nach parlamentarischer Übung ist dazu auch innerhalb einer solchen Plattform vor allem die stärkste Partei berufen. Wir stimmten für den heute gewählten Landeshauptmann ohne Bindung, ohne jegliche Vereinbarung und Verpflichtung.

Wir bilden also auch in diesem Landtage wie in den verflossenen Landtagsperioden eine unabhängige politische Partei und werden dadurch für die Interessen der von uns vertretenen Wählerschaft, der Bauernschaft und des Landvolkes tatkräftigst einzutreten in der Lage sein. Von unserem seit Bestand des Bauernbundes eingeschlagenen Wege lassen wir uns nicht irre machen. Wir haben den festen Vorsatz, gepaart mit Entschlossenheit, auch in diesem hohen Hause für die berechtigten Forderungen unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, die so schwer zu ringen hat, mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln nach wie vor zu arbeiten und zu kämpfen. Wir werden parlamentarisch wie außerhalb der gesetzgebenden Körperschaften den Nachweis neuerlich erbringen, daß wir in ungeschwächter Kraft weiter arbeiten, zum Nutzen und Frommen des schaffenden Bauernstandes und der mit ihm zusammen arbeitenden Schichten unseres Landvolkes. Wir werden jene heimlichen Hoffnungen, die von Zusammenbruch und Zertrümmerung unserer Partei faheln, zuschanden machen. Im Besonderen werden wir unser ganzes Augenmerk der Zoll-, Steuer- und Gebührenfrage zuwenden, da besonders in der letzten Zeit die Einschätzung der Beträge der Landwirtschaft in der willkürlichsten Weise vorgenommen worden ist.

Wir werden alles daransetzen, den Einfluß der Bauernschaft auf Gesetzgebung und Verwaltung zu verstärken und jene Entwicklung fördern, die zur ständigen Vertretung und zu einer Gesundung unserer Wirtschaft führen muß.

Wir erklären, daß wir in diesem hohen Hause alles unterstützen werden, was unserem Bauerntum und damit dem gesamten Volke nützen und daß wir alles rücksichtslos bekämpfen werden, was diesen unseren Grundsätzen zuwiderläuft.

Wir gedenken in dieser Stunde der trostlosen Lage und des schweren Kampfes unseres Muttervolkes, dem in diesem Augenblicke alle unsere Sympathien zugewendet sind.

Wir vertrauen auf die unzerstörbare Kraft des deutschen Volkes, die imstande sein wird, eine bessere Zukunft vorzubereiten. (Beifall seitens der Bauernbündler.)

Dr. Dantine: Hohes Haus! Wir sind in dieses Haus eingetreten, um so wie in den früheren Wahlabschnitten auch diesmal ernst und sachlich an den Arbeiten des Landtages teilzunehmen und auch das Unstrige beizutragen zu einem Wiederaufbau und zur Gesundung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Lande. Wir werden insbesondere darauf unser Augenmerk richten, daß die von uns vertretenen Stände bei dem Überwiegen einerseits des agrarischen, anderseits des Elementes der Lohnarbeiterschaft nicht in ihren Bedürfnissen zurückgesetzt und übersehen werden. Wir werden insbesondere weiters dahin trachten, daß das Schulwesen und das Bildungswesen trotz der schweren Finanzlage, in der wir uns zweifellos befinden, nicht verkürzt werden. Wir denken dabei einerseits an den Ausbau des Bildungswesens überhaupt, aber auch an die notwendige Unterstützung der Hochschulen in Form von Zuwendungen an die Mensa u. dgl. (Zwischenrufe.) Ich könnte mich eigentlich mit diesen wenigen Worten begnügen, denn was nützen alle Versprechungen und Programme für später, wenn sie nicht durch das nachherige Verhalten gerechtfertigt werden. Aber meine Partei war in einem Umfange Gegenstand der Ausführungen des Herrn Landesrates **Machold**, der eigentlich in einem verwunderlichen Gegensatz zur geringen Zahl unserer Parteimitglieder steht. Wir fühlen uns geschmeichelt, daß er heute, trotz unserer geringen Zahl, sich mit uns so eingehend zu beschäftigen sich veranlaßt gesehen hat. (Zwischenruf: „Eine Leichenrede!“) Die Leichenrede hält man am Schlusse, aber nicht am Anfang. Im übrigen, meine Herren, das sind sehr billige Spottfredensarten, mit denen aber schon gar nichts bewiesen wird. Sie können sich lustig über die Vier-Männer-Partei machen, soviel Sie wollen. Sie waren auch nicht immer so stark in diesem Saale vertreten, Herr Landesrat **Resel**; wir waren unserer zwei hier in diesem Saale in der provisorischen Landesversammlung im Jahre 1919 und wir sind dann bei den Neuwahlen mit sieben eingezogen. Ich bitte, es ist noch nicht aller Tage Abend, wir können auch wieder mehr werden. Es fällt mir aber gar nicht ein, Zukunftshoffnungen zu erwecken. Wenn Sie sonst keine besseren Argumente haben, als daß hier nur vier sitzen, dann sind Sie schon ziemlich in Verlegenheit. Es empört Sie eben ungeheuer, daß sich die großdeutsche Volkspartei mit den Christlichsozialen geeinigt hat bezüglich Überlassung von Mandaten in der Landesregierung und in den Ausschüssen. Sie können, wenn Sie wollen, es sehr gut einsehen, daß es für uns ein Bedürfnis ist, die Wählerklassen, die uns gewählt haben, auch zu vertreten in den Ausschüssen, in der Landesregierung und im Landeschulrate, und daß wir sie nicht

ausschließlich der Vertretung durch Sie überantworten wollen, was uns nicht entsprechend schiene und auch unseren Wählern wohl nicht. Wenn Sie so geheimnisvolle Ziele suchen hinter dieser sogenannten Koalition und Sie darin eine schwere Gefährdung der Republik und Bekämpfung der Arbeiterklassen erblicken, so hat, was diese Geschichte anbelangt, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Ahrer** wohl genügend darauf geantwortet. Es ist immer dasselbe Lied, wer gegen die Sozialdemokraten ist, ist gegen die Arbeiter. Ich möchte wohl wissen, ob wir bisher gefaulenzt haben und jetzt etwa auch faulenzten. Was die Reaktion anlangt, so ist diese das große Schreckgespenst, mit dem Sie die Massen immer wieder schrecken wollen. Wir sind freiheitlich. (Zwischenrufe und Lachen bei den Sozialdemokraten.) Da können Sie lachen, wie Sie wollen. Unsere Freiheitslichkeit schaut eben etwas anders aus, wie die Ihre. Wir wollen auch, daß unsere Freiheitslichkeit anders ist, als die Freiheitslichkeit, die von jüdischem Freisinn abgeleitet ist und von dort ihre Weisungen empfängt und ihren Geist erhalten hat. (Zwischenrufe.) Da seien Sie nur ganz unbesorgt. (**Pichler**: „Freiheit von christlichsozialer Gnade!“) Ich will auf die sonstigen Ausführungen nicht eingehen, wir sind ja nicht in einer Budgetdebatte, sondern bei der Eröffnung des neuen Landtages. Ich möchte zum Schlusse nur auf die Ausführungen des Herrn Landesrates **Winkler** kurz antworten, der ja auch sein Besremden über diese Koalition zum Ausdrucke gebracht hat und gefragt hat, welches sind die Gegenleistungen? Die Gegenleistungen, meine Herren, sind ganz die gleichen, die Sie in der vorigen Landtagsperiode übernommen haben (Beifall bei den Christlichsozialen), ganz genau die gleichen, und so wie Sie damals, wie Sie heute gesagt haben, eine selbständige Partei gewesen sind, so nehmen wir auch dasselbe Recht für uns in Anspruch, trotz dieses Übereinkommens, das unsere Selbständigkeit in gar keiner Weise irgendwie behindert. (Beifall.)

Machold: Hohes Haus! Die Ausführungen des Herrn Landeshauptmann-Stellvertreters **Dr. Ahrer** bestätigen ja im großen ganzen die Richtigkeit meiner Darlegungen, so daß ich eigentlich nicht mehr Ursache hätte, das Wort noch einmal zu ergreifen. Ich muß aber doch einige wenige Bemerkungen zu seinen Darlegungen machen. **Dr. Ahrer** sagt, daß wir, das heißt, daß ich in meiner Rede wieder das alte Lied angestimmt hätte von der Arbeiterfeindlichkeit der bürgerlichen Parteien. Das ist allerdings ein altes, aber trotzdem ein sehr wahres Lied. Wir würden gerne ein neues und besseres Lied singen, leider aber haben wir dazu keinen Anlaß. Gerade im Wahlkampfe haben wir diesen Arbeiterhaß wieder zu spüren bekommen: in allen Flugschriften, in Ihren Wählerversammlungen sind Sie in erster Linie gegen die Arbeiterschaft und gegen die sozialdemokratische Partei als Vertreterin der Arbeiterschaft losgegangen. Schon der Umstand, daß Sie hier in diesem Lande alles Mögliche getan haben, um eine Einheitsliste der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen, beweist Ihre Arbeiterfeindlichkeit.

Ich will dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Uhrer gar keine Vorschriften über die Taktik seiner Partei machen. Es fällt mir auch gar nicht ein, daran zu rütteln, daß Sie in eine Koalition mit den Großdeutschen eingetreten sind. Das ist Ihre Sache allein. Wenn Dr. Uhrer meint, meine Ausführungen hätten so geklungen, als wären wir über das Zustandekommen der christlichsozialen-großdeutschen Koalition im Lande verärgert und enttäuscht, so irrt er und hat mich völlig mißverstanden. Ich habe ausdrücklich erklärt: Uns ist sie sehr recht, diese Koalition. Wir wissen nun, wie wir daran sind und werden uns darnach einrichten. Wir haben immer erklärt, daß Sie zusammengehören, und nun Sie sich zusammengesunden, erweisen Sie nur der großen Öffentlichkeit die Richtigkeit unserer Auffassung. Wir begrüßen also diese Koalition und befinden wir uns mit Ihnen nur insofern in einem Gegensatz, als Sie diese Tatsachen am liebsten verheimlichen möchten, währenddem wir Ihnen diesen Gefallen schon absolut nicht zu tun gewillt sind. Sie sind diese Koalition still und geheim eingegangen und möchten Sie sie gerne verschleiern. Das wollen wir aber nicht. Sie möchten der Menschheit eine Konzentration der Parteien vortäuschen. Sie schämen sich scheinbar der Tatsache, daß sich die Christlichsozialen mit den Großdeutschen und die Großdeutschen mit den Christlichsozialen auch im Lande vereinigt haben. Wir aber müssen es allen Wählern sagen, sie alle müssen es wissen, daß hier im Lande eine Koalition nach dem Muster der Seipelkoalition in Wien besteht. Die Vorgänge bei Aufstellung der Kandidaten für die Landesregierung sind bezeichnend für Ihre Verschleierungsabsichten. Um Ihren großdeutschen Bettgenossen nicht selbst hier im Hause zur Wahl in die Landesregierung vorschlagen zu müssen, wollten Sie im Wege des Hauptausschusses die Gesamtorschläge erstatten lassen, Ihren Koalitionsgenossen demnach einschmuggeln. Diese Absicht haben wir Ihnen vereitelt und mußten Sie Farbe bekennen. Der Herr Dr. Uhrer hat erklärt, daß wir Ihnen den Kampf mit allen Mitteln bis aufs Messer angesagt haben; er hat aber übersehen, daß ich ausdrücklich betont habe: Wir werden diese Koalition mit allen Mitteln bekämpfen dann, „wenn der Versuch gemacht werden sollte, diese Koalition zur Förderung der Reaktion und zur Bekämpfung der Arbeiterklassen zu mißbrauchen.“ Wollen Sie diesen Versuch machen, dann sollen Sie den Kampf haben. Wir sind kampfbereit und kampfsgewohnt und scheuen den Kampf nicht. Opposition um jeden Preis und unter allen Umständen machen wir nicht. In der Richtung wären meine Äußerungen mißdeutet, wenn Sie sie so aufgefaßt hätten.

Nun einige Worte zum Wahlbündnisse mit den Monarchisten. Wenn Sie behaupten, kein förmliches, in den Zeitungen verlaubliches Wahlbündnis mit den Monarchisten in Steiermark abgeschlossen zu haben, so mag das zutreffen. Aber, Herr Dr. Uhrer, beantworten Sie nur eine offene Frage: Ist der im Saale anwesende christlichsoziale Landtagsabgeordnete S a g b u r g ein Monarchist oder nicht? . . . Sie schweigen und darin liegt die Bestätigung. — Wenn Sie diese Frage mit Nein beantwortet hätten, dann hätten wir

über diese Sache anders reden können. — Herr Doktor Uhrer hat auch die Tätigkeit und das Verhalten des Herrn Landeshauptmannes unseren freien Gemeinden gegenüber als eine besondere Leistung des Landeshauptmannes hinzustellen beliebt. Er hat gesagt, er rechnet es ihm hoch an, daß die bürgerlichen Minderheiten in diesen sozialdemokratisch verwalteten Gemeinden durch den Landeshauptmann geschützt werden. Ich möchte die Frage aufwerfen, wann der Herr Landeshauptmann schon sozialdemokratische Minderheiten in bürgerlichen Gemeinden mit eben solchem Eifer geschützt hat. (Prisiching: „Gar nicht notwendig!“) Wenn der Herr Landeshauptmann diese Art des Aufsichtsrechtes über unsere freien Gemeinden nicht ändert, so werden wir uns dieselbe Taktik zurecht legen. Ich bedaure den Herrn Landeshauptmann schon heute im vorhinein. Die Fülle der Klagen, die dann von unseren sozialdemokratischen Minderheiten über die Verwaltung durch die bürgerlichen Mehrheiten kommen werden, wird er nicht bewilligen können, wenn er das Aufsichtsrecht gegen die bürgerlichen Mehrheiten genau so handhaben wird, wie gegen uns. Die Gemeinden haben das freie Wahlrecht. Sie sollen auf Grund desselben machen, was sie eben machen dürfen und können der Bevormundung durch den Landeshauptmann entbehren.

Herr Dr. Uhrer hat erklärt, daß ich in meinen Ausführungen nichts als unfruchtbare Kritik an den Tag gelegt habe, daß ich keine konkreten Vorschläge gemacht habe. Das trifft sicher nicht zu. Wer meine Ausführungen verfolgt hat, wird ihnen entnommen haben, daß ich sehr konkrete Vorschläge gemacht habe. Dr. Uhrer hat geschlossen: „Wir werden, ganz gleichgültig, was M a c h o l d gesagt oder nicht gesagt hat, uns nicht abbringen lassen von dem Wege, den wir gegangen sind.“ Wo ist da der positive Vorschlag? — Der Hinweis auf diesen „Weg“ etwa? — Sehr dunkel sind die Wege, die die christlichsoziale Mehrheit in diesem Lande bis jetzt gegangen ist. Fruchtbar für die Allgemeinheit sind sie nicht gewesen. Mich und meine Klubgenossen lassen die Töne, die Dr. Uhrer angeschlagen hat, unberührt. Wir bleiben bei dem, was ich gesagt habe. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Winkler: Ich melde mich zum Worte, um eine Bemerkung des Herrn Dr. D a n f i n e kurz zu berichtigen. Es hat geschienen, als ob wir in der letzten Landtagsperiode eine Koalition mit der christlichsozialen Partei gehabt und kolossale Geschenke entgegenzunehmen die Ehre gehabt hätten. Ich konstatiere ausdrücklich, daß in der letzten Landtagsperiode für eine Reihe von wichtigen agrarischen Fragen eine Arbeitsgemeinschaft zwischen uns und der christlichsozialen Partei bestanden hat, jedoch bei vollkommener Selbständigkeit, ohne gegenseitigen Mandatsaustausch, so daß wir jederzeit aus dieser Verbindung austreten konnten. Ich habe in dieser meiner Erklärung nur deshalb die Besorgnis geäußert, weil ich in einer der letzten Landesregierungsitzungen gesehen habe, daß die Verbindung weiter zu gehen scheint. Es hat sich gehandelt um die Abstimmung, wonach die Gründung einer landwirtschaftlichen Schule in Pischelsdorf an den Landtag verwiesen

werden sollte, und da hat die Mehrheit, einschließlich der Großdeutschen, sich auf den Standpunkt gestellt, daß sei nicht notwendig, obwohl zum Aufbau der Schule 200.000.000 K. Landesgelder notwendig sind. Sie müssen verzeihen, wenn ich da meine Schlüsse ziehe. Ich werde mich übrigens freuen, wenn unsere Bedenken unberechtigt sein sollten und wir künftighin im Landtage es mit der Partei der Großdeutschen zu tun haben, ohne Verpflichtung der Großdeutschen gegenüber der christlichsozialen Partei. Ich habe nur vermutet, wenn Sie mich eines anderen belehren, wird meine Partei sehr zufrieden sein.

Präsident: Hiemit ist die Debatte geschlossen. Ich schreite zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmänner für den Bundesrat.

Laut Mitteilung der Bundesregierung hat das Land Steiermark sieben Bundesratsmitglieder und für jedes Mitglied einen Ersatzmann zu entsenden. Nach § 35 des Bundesverfassungsgesetzes entfallen vier Mandate auf die christlichsoziale Partei, zwei auf die sozialdemokratische Partei und über das siebente Mandat, das zwischen der sozialdemokratischen Partei und dem Landbunde für Österreich strittig ist, entscheidet nach § 54, Absatz 3, und § 55 unserer Geschäftsordnung, beziehungsweise § 75, Absatz 6 der Wahlordnung für den Nationalrat das Los. Ich bitte vorerst um Vorschläge der christlichsozialen Partei und der sozialdemokratischen Partei.

Dr. Uhrer: Namens meiner Partei schlage ich vor als Bundesräte: Oberst H o c h e n e d e r, Ersatzmann W i g a n, H o s c h, Ersatzmann W u r z i n g e r, S p a n d l, Ersatzmann W a l l i g, Redakteur F i s c h e r, Ersatzmann D e c h a n t G ü r t l e r, Knittelfeld.

Machold: Ich schlage vor als Bundesräte K e s e l und S c h l a g e r und als Ersatzmänner M u c h i t s c h und M a c h o l d, und für den Fall, daß das Los für uns entscheiden sollte, als Bundesrat R e g n e r, Ersatzmann O b e r z a u c h e r.

Präsident: Ich lasse vorerst über die vier von der christlichsozialen Partei und die zwei von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagenen Mitglieder und Ersatzmänner des Bundesrates abstimmen. (Einstimmig angenommen.) Die Wahl ist vollzogen.

Es ist sonach das Los zu ziehen, auf welche Partei das 7. Mandat entfällt. Ich bitte die vier Schriftführer, die zwei vorbereiteten Lose zu besichtigen und sodann in die Urne zu legen. (Geschieht.) Ich ersuche den Herrn Schriftführer Dr. K a m m e r e r das Los zu ziehen. (Geschieht.) Das Los ist entfallen auf den Landbund für Österreich. Ich ersuche um Vorschläge für das 7. Bundesratsmandat und für den Ersatzmann seitens des Landbundes.

Winkler: Ich schlage vor als Bundesrat Abg. L a n n e r, als Ersatzmann Leopold S t o c k e r. (Angenommen.)

Präsident: Endlich nehme ich vor die Neuwahl der Mitglieder der Heeresverwaltungsfelle. Es sind drei Mitglieder zu wählen, für jedes Mitglied ein Ersatzmann. Ich bitte um Vorschläge.

Dr. Enge und Pongraf erstatten die Vorschläge. (Angenommen, siehe Beschluß 10.)

Präsident: An die Mitglieder des hohen Hauses wurden Verzeichnisse der Abgeordneten verteilt, ferner wurde eine von der Landwirtschaftsgesellschaft übermittelte Druckschrift aufgelegt.

Es liegt weiter vor ein Dringlichkeitsantrag der Abg. Pongraf, Krenn, Schreckenthal und Dr. Hübler, betreffend Bewilligung von 75 Millionen Kronen für außerordentliche Unterstützungen an Altersinvaliden.

Vorerst erlaube ich mir im Namen der Obmännerkonferenz dem hohen Hause folgenden Dringlichkeitsantrag zu unterbreiten (liest):

„Der hohe Landtag wolle mit Rücksicht auf die furchtbare Notlage fast aller Bevölkerungsschichten in Deutschland aus Landesmitteln zur Linderung dieser Not den Betrag von 250 Millionen Kronen als Deutschlandhilfe bewilligen. Die Landesregierung hat darüber zu entscheiden, an welche Stellen dieser Betrag zu überweisen ist.“

(Die Dringlichkeit wird beschlossen und der Antrag einstimmig angenommen.)

Der erstgenannte Dringlichkeitsantrag weist die erforderliche Anzahl von fünf Unterschriften nicht auf. Ich muß daher die Unterstützungsfrage stellen. (Der Antrag wird genügend unterstützt.) Ich lasse nunmehr über die dringliche Behandlung dieses Antrages abstimmen. Es ist dazu die Zweidrittelmajorität erforderlich. (Angenommen.) Ich leite nunmehr die Verhandlung über den Antrag ein.

Pongraf: Hoher Landtag! In den vergangenen Monaten wurde eine größere Anzahl von älteren Leuten vom Bezuge der Arbeitslosenunterstützung ausgeschieden. Es handelt sich da um sogenannte Altersinvaliden, die infolge ihres vorgeschrittenen Alters arbeitsunfähig wurden und keinem Erwerb mehr nachgehen können. Nach den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes fehlen bei ihnen die Voraussetzungen des Anspruches auf Arbeitslosenunterstützung, da für den Bezug derselben außer der zeitlich bestimmten Beschäftigungsdauer in einem versicherungspflichtigen Betrieb die Arbeitsfähigkeit des zu Unterstützenden verlangt wird. Durch die infolge ihres Alters verursachte Unmöglichkeit, sich selbst das Brot zu verdienen und durch das Fehlen von Angehörigen, die zur Erhaltung gesetzlich verpflichtet sind oder die nötigen Mittel hiefür besitzen, ist ein Großteil von ihnen in besondere Notlage geraten. Nach den Aufzeichnungen der Industriellen Bezirkskommission sind solche Personen auf ganz Steiermark verteilt, doch entfällt ein beträchtlicher Teil auf das Gebiet der Stadt Graz. Um nun eine halbwegs erfolgreiche Aktion zu sichern, müßte nach den Berechnungen der Industriellen Bezirkskommission eine größere Summe zur Verfügung gestellt werden, wobei jedoch die Stadtgemeinde Graz als jene Gemeinde, in deren Gebiet sich ein Großteil dieser Arbeitsinvaliden befinden, auch entsprechend herangezogen werden müßte. Das Land Steiermark käme einer dringenden Verpflichtung nach, wenn es zur Linderung der Not dieser unverschuldet in Notlage

geratenen Arbeitsinvaliden Mittel zur Verfügung stellen und in diesem Falle die mit Armenauslagen sehr stark belasteten Gemeinden entsprechend unterstützen würde.

Ich möchte dem noch hinzufügen, daß die Stadtgemeinde Graz bereits einen Betrag von 25 Millionen Kronen bewilligt hat.

Ich stelle namens aller Parteien des Landtages folgenden Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

1. Für Unterstützungen von Altersinvaliden, bei denen besondere Notlage festgestellt wird und die keine Angehörigen besitzen, deren gesetzliche Verpflichtung zur Erhaltung gegeben ist und die dieser Verpflichtung nicht nachkommen können, wird aus Landesmitteln vorläufig ein Betrag von 75 Millionen Kronen unter der Voraussetzung zur Verfügung gestellt, daß die Stadtgemeinde Graz für den gleichen Zweck einen Betrag von 25 Millionen Kronen bewilligt.

2. Mit der Durchführung der Unterstützungsaktion wird die Industrielle Bezirkskommission gegen Ersatz der Verwaltungskosten betraut, die einen Ausschuß aus ihrer Mitte bildet, der aus mindestens einem Arbeitgeber und einem Arbeitnehmer, beziehungsweise deren Ersahmänner besteht. Diesem Ausschusse sind mit beschließender Stimme beizuziehen ein Vertreter der Landesregierung und ein Vertreter der Stadtgemeinde Graz. Die Geschäftsordnung dieses Ausschusses ist die des Berufungsrenates der Industriellen Bezirkskommission in Graz. Der Ausschuß hat für die geeignete Verrechnung der ausgegebenen Beträge Sorge zu tragen.“

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

(Einstimmig angenommen.)

Präsident: Es liegt ein weiterer Dringlichkeitsantrag vor der Abg. Dr. Rintelen, Pongraß, Prisching, Dr. Hübler und Genossen, betreffend Bewilligung eines Betrages von 75 Millionen Kronen für Unterstützung der Kleinrentner.

(Der Antrag wird genügend unterstützt und die dringliche Behandlung beschlossen.)

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Landeshauptmann Dr. Rintelen das Wort.

Dr. Rintelen: Die Notlage der Kleinrentner, die besonders durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Jahre sehr verstärkt ist, spricht für sich selbst, bedarf keiner weiteren Begründung, ebenso wenig wie die Pflicht des Landes, den Kleinrentnern, die ohne ihr Verschulden nur infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse in eine derartige Situation gekommen sind, zu helfen. Ich stelle daher den Antrag (liest):

„Der hohe Landtag wolle beschließen:

Den Kleinrentnern wird eine Beihilfe von 75 Millionen Kronen zugewendet.“ (Beifall.)

(Einstimmig angenommen.)

Präsident (verkündet die Anträge und Anfrage, siehe Inhaltsverzeichnis):

Die Ausschüsse wollen sich sofort nach der Haus-sitzung konstituieren.

Das Stattfinden der nächsten Sitzung wird im schriftlichen Wege bekanntgegeben werden.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Minuten abends.)